LL 10 HB Hauke Bruhns

Tagesordnungspunkt: 1. Wahl der Landesliste zur Landtagswahl

Selbstvorstellung



Liebe Freundinnen,
liebe Freunde,

hiermit bewerbe ich mich um Platz 10 der Landesliste für die Landtagswahl 2022 und bitte herzlichst um eure Unterstützung.

Mehr zu meiner Person, zu meinen politischen Schwerpunkten und meinen Visionen könnt ihr dem angefügten PDF entnehmen. Gerne stelle ich mich und meine Beweggründe für die Kandidatur auf dem anstehenden LPT auch noch einmal persönlich vor. Solltet ihr bis dahin schon Fragen an mich haben, zögert nicht, sie zu stellen.

Liebe Grüße aus Kiel



Alter:
44

Geschlecht:
männlich

Geburtsort:
Kiel





KURZBIOGRAFIE
Hard Facts und Soft Skills zu meiner Person
Seite 8 & 9



MEINE IMPULSE FÜR SH I
Arbeitsbedingungen in der Kranken- und Altenpflege: Applaus reicht nicht!
Seite 3



MEINE IMPULSE FÜR SH II
Den ökologischen Fußabdruck des Gesundheitswesens senken
Seite 4



MEINE IMPULSE FÜR SH III
Minderheitenrechte, Grenzland, Sprachencharta und Europa
Seite 6 & 7

HAUKE BRUHNS

BEWERBUNG FÜR DIE LANDESLISTE ZUR #LTWSH 2022

LISTENPLATZ 10

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

ZUKUNFT SOLL MAN NICHT VORAUSSEHEN WOLLEN, SONDERN MÖGLICH MACHEN. DEZEMBER 2021

WAS MICH ANTREIBT

Liebe Freundinnen und Freunde,

Schleswig-Holstein liegt nicht nur geografisch ganz weit oben. Beim Glücksindex für Deutschland belegt das Land zwischen zwei Meeren in diesem Jahr wiederholt den ersten Platz und ist somit das Bundesland mit den zufriedensten Menschen. Das ist der Verdienst unter anderem derer, die hier leben, arbeiten, unternehmerisch tätig sind, sich ehrenamtlich engagieren oder in der Region Urlaub machen. Und natürlich ist es auch ein Verdienst der vorausgegangenen Generationen, die für Schleswig-Holstein wichtige politische Akzente gesetzt haben.

Nichts desto trotz befinden wir uns in gesellschafts- und klimapolitisch schwerem Fahrwasser. Viele Menschen lassen sich von vereinfachten, populistischen und menschenfeindlichen Parolen und alternativen ‚Fakten' fehlleiten. Der Generationenvertrag scheint in allseitigem Einvernehmen in Frage gestellt. Es droht eine Zersplitterung der Gesellschaft, getrieben durch Partikularinteressen und eine fehlende Bereitschaft zum sachlichen Dialog.

COVID-19 wirkt dabei wie ein Brandbeschleuniger. Auch wenn wir in Schleswig-Holstein bisher vergleichsweise glimpflich durch die Pandemie gekommen sind, führt uns das Virus schmerzlich vor Augen, was schon seit geraumer Zeit im Argen lag. In der Krise wurde deutlich, was vergessen oder nicht hoch genug priorisiert wurde, wo der gesamtgesellschaftliche Kitt zu reißen droht. Die Pandemie stellt das Vertrauen auch in die politischen Akteure auf eine harte Probe. Laut Eurobarometer hatten im Frühjahr 2021 rund 66 Prozent der Bevölkerung kein bzw. wenig Vertrauen in die politischen Parteien in Deutschland. Wahrlich keine gute Ausgangssituation für ein notwendiges Upgrade unserer gesamtgesellschaftlichen Systeme. Aber um nichts weniger geht es heute! Dazu gehört auch, schmerzhafte Wahrheiten nicht länger zu ignorieren und zeitgleich einen neuen Gemeinsinn zu entwickeln.

Wenn wir Schleswig-Holstein und die Welt drumherum für seine Menschen lebenswert erhalten und auf teils stürmische Herausforderungen gut vorbereiten wollen, darf die Politik – dürfen wir – nicht wie Zuschauer am Spielfeldrand stehen. Wir müssen trotz widriger Umstände den unbändigen Willen und die Lust zur Gestaltung von Veränderungen haben. Und diese notwendigen Veränderungen müssen wir den Bürgerinnen und Bürgern erklären, - gerne und immer wieder. Wir müssen denen, die unsere Gesellschaft spalten wollen, faktenbasiert entgegentreten. Wir müssen denjenigen, die existenziellen Sorgen oder Ängste haben, die Hand reichen und sie mitnehmen. Eine konsequente, an internationalen Klimazielen ausgerichtete Politik setzt eine gesamtgesellschaftliche Transformation voraus, weil sie alle und alles betrifft. Aus diesem Grund ist es unerlässlich, dass

KONTAKT@HAUKE-BRUHNS.DE
fb.com/hauke.bruhns
@BruhnsHauke

eine stabile Mehrheit aus der Wirtschaft und der Bevölkerung diesen Transformationsprozess mitträgt.

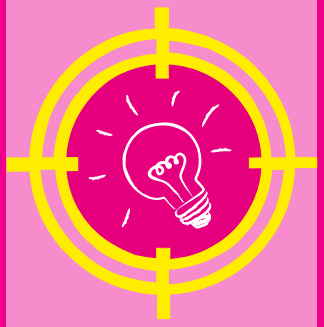
Ich bin davon überzeugt, nur mit starken GRÜNEN Stimmen lassen sich diese großen Herausforderungen für eine lebenswerte Zukunft bewältigen. Lasst uns eine ökologische, gesellschaftliche und wirtschaftliche Neuausrichtung zusammen denken. Lasst uns Schleswig-Holstein gemeinsam noch grüner, noch zukunftsfähiger machen. Lasst uns das schwindende Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger mit einer beständigen, verständlichen und ehrlichen Politik zurückgewinnen. Gemeinsam können wir die Zukunft für Schleswig-Holstein und darüber hinaus erfolgreich und nachhaltig gestalten!

Hierzu will ich gerne meinen Teil beitragen und stelle all meine Erfahrungen, mein Fachwissen und meine Expertise in den Dienst unserer Partei - für die Bürgerinnen und Bürger Schleswig-Holsteins. Deshalb bitte ich um Euer Vertrauen und um Eure Stimme für meine Kandidatur auf Platz 10 der Landesliste unserer Partei zur Landtagswahl 2022 in Schleswig-Holstein.

Euer

MEINE POLITISCHEN SCHWERPUNKTE

- PFLEGE UND GESUNDHEIT
- MINDERHEITEN- UND GRENZLANDPOLITIK
- SCHLESWIG-HOLSTEIN IN EUROPA
- NORD- UND OSTSEE-KOOPERATIONEN



Neben den fachpolitischen Positionen, gibt es natürlich auch Themen, für die man ganz persönlich brennt und die einen umtreiben.

Zu den hier genannten Schlaglichtern werdet Ihr sicherlich von Zeit zu Zeit etwas von mir hören, weil sie mich betreffen oder weil ich mich bereits seit längerer Zeit dazu positioniere.

Und ich denke, das solltet Ihr wissen.

PERSÖNLICHE SCHLAGLICHTER

LGBTIQ*-RECHTE

Als offen schwul lebender Mann betreffen mich Themen rund um die Community natürlich auch ganz persönlich. Ich bin in einer Zeit aufgewachsen, in der Homosexualität noch ein Straftatbestand war und weiß, wie steinig der bisherige Weg gewesen ist. Wenn meine Einschätzung gehört werden will, bringe ich mich gerne ein. Und dort, wo die Community verstummt ist oder mundtot gemacht wurde, leihe ich ihr gerne meine Stimme. Denn LGBTIQ*-Rechte enden nicht an den Landesgrenzen Schleswig-Holsteins.

FLUCHT, MIGRATION & ANTIFASCHISMUS

1991 musste ich mich mit dem Beginn der Krise auf dem Balkan in meiner Lebenszeit erstmals damit auseinandersetzen, dass wir innerhalb Europas einen Krieg mit all seinen schrecklichen Auswirkungen erleben: Tote, Verletzte, Menschen auf der Flucht, Hunger und dumpfer Nationalismus. Und auch noch, 20 Jahre nach Kriegsende, ist diese Region äußerst fragil. Weltweit sind mindestens 60–65 Millionen Menschen nach Ende des Zweiten Weltkrieges durch Kriege gestorben. Daran kann und will ich mich nicht gewöhnen. Ich habe mich immer aktiv und politisch an Friedensprojekten beteiligt, Initiativen für flüchtende Menschen und deren Rechte unterstützt und mich für eine Willkommenskultur mit Perspektiven engagiert. Vor allem aber habe ich mich immer Rechtsextremen in den Weg gestellt und mich gegen menschenverachtende und demokratiezersetzende Kräfte zur Wehr gesetzt. Das wird sich auch so lange nicht ändern, wie es notwendig ist.

REGIONAL UND SAISONAL IN HANDEL UND GASTRONOMIE

Warum müssen es Erdbeeren im Dezember sein? Wieso wird während der Spargel-Saison ein günstigeres Produkt aus Peru angeboten? Ich bin der Meinung, jedes Ding hat seine Zeit und den Takt gibt 'Mutter Natur' vor. Wir haben tolle saisonale Produkte, die meist auch noch direkt aus der Region stammen. Daher unterstütze ich Initiativen, die konzeptionell den Einsatz regionaler und saisonaler Produkte in Gastronomie und Handel konsequent umsetzen. Gelebter Klimaschutz ist für mich als passionierter Hobby-Koch nämlich auch, diesen Produkten den Vorzug zu geben.

MEINE IMPULSE FÜR SCHLESWIG-HOLSTEIN

PFLEGE & GESUNDHEIT

Arbeitsbedingungen in der Kranken- und Atenpflege: Applaus reicht nicht!

Eine Studie der ‚Hochschule für Wirtschaft und Gesellschaft Ludwigshafen' aus dem Jahr 2020 kommt zu dem Ergebnis, dass schleswig-holsteinische Pflegefachkräfte unzufrieden mit ihren Arbeitsbedingungen sind. Und das schon länger. Pflegekräfte wollen gute Arbeit leisten, können dies aber nicht, weil die Personalbemessung seit Jahrzehnten nicht stimmt. Es ist primär eben dieser Personalmangel in Kombination mit steigenden Fallzahlen, immer schwerer werdenden Krankheits- bzw. Pflegeverläufen und unzureichender Entlohnung, die dazu führen, dass viele Pflegekräfte ihren Beruf aufgeben. So verwundert es nicht, dass die Verweildauer im Beruf in der Altenpflege mit 8,4 Jahren und in der Krankenpflege mit 7,5 Jahren äußerst niedrig liegt.

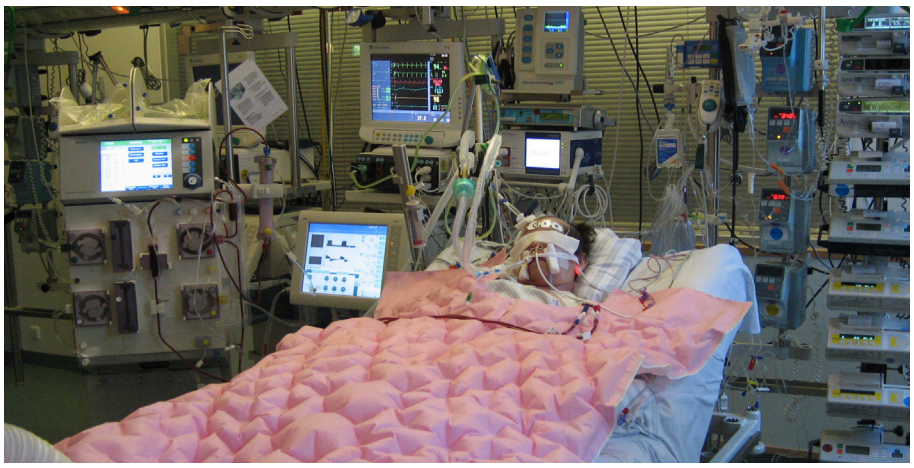
Allerdings ist der Fachkräftemangel heute auch so brisant, weil Pflegepersonal lange Zeit nur als Kostenfaktor gesehen und kontinuierlich abgebaut wurde. So wurden beispielsweise bundesweit in Krankenhäusern von 1994 bis 2007 Pflegekräfte so stark wegrationalisiert, dass selbst nach über 10-jährigem Aufwuchs das Ausgangsniveau der 1990er-Jahre noch nicht wieder erreicht ist.

Das Deutsche Krankenhausinstitut hat errechnet, dass, bei gleichbleibendem Personalschlüssel, im Jahr 2030 bundesweit ein zusätzlicher Bedarf von 187. Tsd. Vollzeitkräften (+22,5 %) in der Pflege besteht! Schon heute kommen auf 100 über 80-Jährige in Deutschland nur etwa 11 Vollzeit-Altenpflegekräfte – zum Vergleich: in Schweden sind es etwa 33.

Arbeistüberlastung durch Personalmangel, Wochenend-, Schicht-, Teil- und Nachtdienste oder Muskel- und Skeletterkrankungen durch schweres Heben und Tragen – die Belastungen für Pflegekräfte sind hoch und werden tendenziell eher zunehmen. Nicht zuletzt Überstunden und Extraschichten führen dazu, dass Pflegende schon heute zunehmend an die Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit geraten.

In der Altenpflege wurden bereits vor der Covid-19-Pandemie 14,8 Millionen Überstunden geleistet, davon 5,8 Millionen unbezahlt. Der Gegenwert der unbezahlt geleisteten Überstunden entspricht einer Summe von 61 Millionen Euro; umgerechnet etwa 3.180 Vollzeitstellen jährlich.

In der Wirtschaftskrise 2008/09 wurden als systemrelevant eingestufte Banken mit etwa 80 Milliarden Euro aus Steuermitteln gestützt. Der Pflegeberuf, nicht nur systemrelevant sondern zur kritischen Infrastruktur gehörend, orientiert sich - im Gegensatz zu Banken - am Gemeinwohl und muss gerade auch in Krisenzeiten funktionieren. Und obwohl es die originäre Aufgabe des Staates ist, die Funktionalität dieser Strukturen sicherzustellen, darf die Pflege von einer derartigen Krisenhilfe höchstens träumen.



Trotz des durch die Covid-19-Krise gestiegenen gesellschaftlichem Bewusstseins für die Situation der Pflegekräfte, hat sich an der operativen Planung der meisten Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen bisher wenig bis gar nicht verändert.

Weit überdurchschnittlichen körperlichen und seelischen Belastungen steht nach wie vor ein Entgelt gegenüber, das im Schnitt mit Zuschlägen nur geringfügig über dem mittleren Lohnniveau aller Beschäftigten liegt. Die von der bisherigen Bundesregierung avisierten neuen 13.000 Stellen für Fachkräfte und 20.000 Stellen für Pflegehilfskräfte können den derzeitigen Bedarf nicht decken und sind zudem mit den zur Zeit auf dem Arbeitsmarkt verfügbaren Kräften nicht zu besetzen.

Eine faire Bezahlung ist ein wichtiger Hebel, um dem Pflegenotstand zu begegnen. Diese muss dann aber für alle Pflegekräfte arbeitgeberunabhängig und flächendeckend garantiert sein, um den Pflegeberuf attraktiver zu machen. Ein bundeseinheitlicher Rahmentarifvertrag ‚Pflege', der eine leistungsgerechte Entlohnung aller Kranken- und Altenpflegekräfte garantiert ist daher zwingend geboten.

Es geht aber um mehr. Auf der Wunschliste vieler Pflegekräften steht beispielsweise die Supervision ganz oben.

Leider stößt die Psychohygiene der Pflegekräfte bei kaum einer Klinik oder Pflegeeinrichtung auf viel Interesse. Dabei ist gerade sie für Pflegende äußerst wichtig, um physischen und psychischen Belastungen des Arbeitslebens gerecht werden zu können und so lange und gesund im Beruf zu bleiben.

Bei einer Arbeitsüberlastung leiden nicht nur die Pflegekräfte und ihre Familien, sondern auch die ihnen anvertrauten pflegebedürftigen Personen.

Insofern ist ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Arbeit und Privatleben wichtig, um langfristig in der Pflege bestehen zu können.

Unter diesem Aspekt kommt vor allem der Dienstplansicherheit eine tragende Rolle zu. Auch das Denken in ganz neuen Schichtmodellen kann die Attraktivität des Pflegeberufes steigern. Das Angebot einer Kindertagesbetreuung oder einer ganztägigen Betreuung von Schulkindern können ein Argument für den Pflegeberuf, für eine Rückkehr in diesen oder eine Stundenaufstockung sein.

Ferner braucht es im Pflegealltag Orte für einen kurzzeitigen Rückzug und Angebote zur Förderung der Gesundheit Die Schaffung moderner Arbeitsstrukturen, eine bessere Wertschätzung durch Vorgesetzte und Möglichkeiten zur persönlichen und fachlichen Weiterentwicklung mit Aufstiegschancen sorgen für langfristige Perspektiven im Pflegeberuf.

Solche Dinge mögen auf den ersten Blick kleinteilig erscheinen, haben jedoch einen unmittelbaren Einfluss auf die Arbeitsmotivation der Pflegekräfte. Eine Verbesserung des Images des Pflegeberufes ist auf jeden Fall zwingend notwendig, um Schulabgänger, die sich erstmalig oder Umschulungswillige, die sich neu beruflich orientieren, für den Beruf gewinnen zu können. Mehr ausbilden bedeutet hier allerdings auch einen Mehraufwand für Pflegekräfte und Praxisanleiterinnen und Praxisanleiter, um Auszubildende praktisch adäquat begleiten und gut auf den Beruf vorbereiten zu können.

Ein wichtiger, vielversprechender Schritt ist die Ankündigung der Ampelkoalition, ein verbindliches Personalbemessungsinstrument im Krankenhaus einführen zu wollen und bis dahin die Pflegepersonalregelung 2.0 (PPR 2.0) zu reaktivieren.

Ich werde mich im Land und in den Fachgremien mit aller Kraft dafür einsetzen, dass die Kolleginnen und Kollegen so pflegen können, wie es ihren Bedürfnissen und den Bedürfnissen der Pflegebedürftigen entspricht, dass ihre Arbeit gut bezahlt wird und sie mehr Mitspracherechte und Gestaltungsmöglichkeiten erhalten. Die aktuelle Krise zeigt uns den akuten Handlungsbedarf in aller Deutlichkeit auf. Nur Applaus reicht nicht!

Den ökologischen Fußabdruck des Gesundheitswesens senken

Der Klimawandel hat schon heute einen direkten Einfluss auf die Gesundheit der Menschen. Extreme Wetterphänomene mit langen Hitzeperioden oder massive Hochwasser belasten auch das Gesundheitssystem. Hitzebedingte Todesfälle, Arbeitsverdichtungen in den Notaufnahmen im Katastrophenfall, eine Zunahme von Infektionserkrankungen, ein erhöhtes Herzinfarkt- und Schlaganfallrisiko oder chronische Atemwegserkrankungen. Darauf wird sich das Gesundheitswesen der Zukunft vermehrt einstellen müssen.

Dabei ist der Gesundheitssektor in Deutschland für 5,2 Prozent der klimaschädlichen Emissionen selbst verantwortlich, der Exportanteil (z. B. durch Medizintechnik) noch nicht eingerechnet. Jedes Klinikbett verbraucht jährlich so viel Energie wie vier Einfamilienhäuser. Ein Krankenhaus hat den Energiebedarf einer Kleinstadt. Die ambulante pflegerische Versorgung findet in den meisten Fällen noch mit Fahrzeugen mit Verbrennungsmotor statt. Apotheken, Arzt- und Zahnarztpraxen müssen beheizt, beleuchtet und manche im Sommer gekühlt werden. Bei Arzneimitteln und Medizinprodukten findet ein Großteil der Produktion außerhalb von Europa statt und unterliegt damit nicht den europäischen Regeln für Umwelt- und Klimaschutz.

Die zögerliche Etablierung digitaler Prozesse im Gesundheitswesen und der schleppende Ausbau der Telemedizin verhindern seit Jahren die Verbesserung der Klimabilanz im Gesundheitssektor. Ich möchte, dass das Gesundheitswesen in Schleswig-Holstein eine größere Aufmerksamkeit in der Debatte um Klimawandel und Klimaneutralität erhält und wir eine Agenda entwickeln, um den ökologischen Fußabdruck des Gesundheitswesens zu senken.

Krankenhausfinanzierung zukunftsfähig machen - das DRG-System neu denken

Seit 2004 rechnen die Krankenhäuser nicht mehr nach Tagessätzen ab, sondern auf der Basis diagnosebezogener Fallpauschalen (DRG = Diagnosis Related Groups). Mit der DRG-Einführung sollten Fehlanreize im System beseitigt, die Wirtschaftlichkeit der Leistungserbringung in den Kliniken erhöht und die Kosten gesenkt werden. Das Problem: Gestaltet sich die Behandlung eines Patienten aufwendiger, als durch die pauschale Vergütung gedeckt, macht das Krankenhaus Verlust. Gewinn lässt sich nur erzielen, wenn wirtschaftlicher gearbeitet wird, als es die Kalkulation der DRG-Pauschale vorsieht.

Mittlerweile ist es unbestritten, dass die fast ausschließlich auf Pauschalen basierende Finanzierung zur Mengenausweitung anregt und kaum ökonomische Anreize für die Behandlungsqualität schafft. Hinzu kommt, dass sich das DRG- bzw. Abrechnungssystem mittlerweile zu einem kaum durchschaubaren Bürokratiemonster entwickelt hat. Es ist an der Zeit, diese Defizite durch konkrete Reformen abzustellen, das DRG-System anzupassen und zu ergänzen. Dabei müssen die regionale Kostenstruktur und die jeweilige Versorgungsstufe des Krankenhauses bei der Vergütung stärker berücksichtigt werden. Des Weiteren braucht es künftig ein Personalbemessungsinstrument zur klaren Definition des notwendigen Pflegebedarfes, um eine gute Versorgungsqualität sicherstellen zu können.

Ein Umdenken muss es auch bei der Bedarfsplanung und den Investitionen geben. Dies ist im Rahmen der dualen Finanzierung eine originäre Aufgabe der Bundesländer, die dieser Pflicht nur eingeschränkt nachkommen. Der Bundesrechnungshof kam zu dem Ergebnis, dass die Bundesländer ihre gesetzlich festgeschriebenen Investitionsverpflichtungen bei der Krankenhausfinanzierung „seit Jahren nur unzureichend“ erfüllen.

Der im November 2019 zwischen dem UKSH und der Landesregierung Schleswig-Holstein geschlossene ‚Zukunftspakt‘ ist dabei ein großer Schritt in die richtige Richtung, der als Blaupause dienen kann.

Biologische Gefahren in Schleswig-Holstein künftig besser bewältigen

Unter außergewöhnlichen biologischen Gefahrenlagen versteht man Krankheitsfälle oder auch bioterroristische Anschlagslagen, die durch hochpathogene Erreger oder biologische Toxine verursacht werden. Das können Viren, Bakterien oder Pilze / Sporen sein, die epidemisch oder pandemisch auftreten (bspw. H1N1, SARS [Covid-19], MERS, HIV, Pest, Tollwut, Tuberkulose, Malaria, Salmonellose). Auslöser können aber auch neue Kombinationen sein, sogenannte Reassortanten. Dabei mischen sich Erbgutfragmente von z. B. mindestens zwei unterschiedlichen Virenstämmen zu einem neuen Virus.

Bei einer Fortsetzung der gegenwärtigen Lebensweise müssen sich die Menschen nach Einschätzung des Biodiversitätsrats (IPBES) der Vereinten Nationen darauf einstellen, dass Pandemien in Zukunft häufiger auftreten und höhere Totenzahlen verursachen. Dabei sind es dieselben menschlichen Aktivitäten, die das Pandemierisiko erhöhen, welche auch den Klimawandel und die Verluste bei der Artenvielfalt verursachen. Und auch hier gilt: Wenn nicht jetzt die geeigneten Maßnahmen ergriffen werden, entstehen der Menschheit das Hundertfache an Kosten.

Biologische Gefahrenlagen gilt es so weit wie möglich zu verhindern. Sollten sie jedoch eintreten, können die Folgen für die Gesundheit der Bevölkerung im Ereignisfall schwerwiegend sein. Dann sind ein rascher und lückenloser Informationsaustausch, koordiniertes Handeln und das notwendige Rüstzeug zur (akuten) Maßnahmenumsetzung im Rahmen des Bevölkerungsschutzes unerlässlich. Die primäre Zuständigkeit im Infektionsschutz liegt - auch im Fall von Bioterrorismus - bei den Gesundheitsbehörden von Kommunen und Ländern. Diese haben im aktuellen Pandemiegeschehen mehrfach unter Beweis gestellt, dass sie auf derartige Szenarien schlecht vorbereitet sind. Auch der vorliegende ‚Rahmenplan Influenza-Pandemie' für Schleswig-Holstein alleine ist dahingehend ungenügend.

Ich setze mich für die Entwicklung eines generischen Handlungsplans für biologische Gefahrenlagen in Schleswig-Holstein ein. Dieser könnte unter Berücksichtigung der angekündigten Neuausrichtung der Konzeption ‚Zivile Verteidigung' durch die künftige Bundesregierung parallel erarbeitet werden. Er sollte neben Handlungs- und Koordinationsempfehlungen für die Einbindung von Kräften des Gesundheits- und Katastrophenschutzes, der Kliniken, Rettungsdienste und Ordnungskräfte auch Art und Umfang von etwaig vorzuhaltender medizinischer Ausrüstung und mögliche Impf-/ Schutzstrategien in der Akutphase ausweisen. Ferner bedarf es der Festschreibung politischer Maßnahmen zur Risikominimierung von biologischen Gefahrenlagen, wie z. B. Maßnahmen zum Schutz der Biodiversität oder Regulierungen bei der Viehzucht.

Medizinische Versorgung im ländlichen Raum sicherstellen

Die medizinische Versorgung im ländlichen Raum bleibt in Schleswig-Holstein ein schwieriges Thema. Das hat sich in den letzten Jahren gerade z. B. bei der Schließung der Kreißsäle auf den Nordseeinseln oder bei den Diskussionen über die künftige Aufstellung des Klinikums Nordfriesland gezeigt. Ein großer Mangel an niedergelassenen Ärztinnen und Ärzten bringt zudem Probleme bei Praxisneubesetzungen im ländlichen Raum mit sich. Hier gibt es in einigen Landkreisen wie beispielsweise Dithmarschen oder Steinburg erhebliche Probleme.

35 Prozent der Hausärztinnen und Hausärzte zwischen Nord- und Ostsee sind mittlerweile über 60 Jahre alt; in jedem Jahr geben in Deutschland 2.200 von ihnen ihren Beruf auf, meist aus Altersgründen. Zurzeit kommt auf zwei Praxen nur eine Nachfolgerin bzw. ein Nachfolger. Sowohl junge Ärztinnen als auch Ärzte wollen vermehrt angestellt tätig sein, anstatt sich selbstständig zu betätigen. Hier sind neue Konzepte wie das so genannte Büsumer Modell gefragt: Der Kreis Dithmarschen hat ein Ärztehaus gekauft und dort eine Gemeinschaftspraxis eingerichtet. Die beteiligten Ärztinnen und Ärzte sind Angestellte der Gemeinde, arbeiten in Vollzeit und erhalten ein Festgehalt zuzüglich einer Umsatzbeteiligung. Die Abrechnung, das Management und der Einkauf für die Praxis werden durch eine Genossenschaft übernommen.

Ferner könnten interdisziplinäre Gesundheits- und Notfallzentren die Versorgungslücken im ländlichen Raum schließen. Diese betreuen mehrere Einzugsgebiete und stellen dennoch eine wohnortnahe ambulante oder kurzstationäre Patientenversorgung sicher. Die künftige Regierungskoalition hat die Förderung derartiger Zentren in ihrem Koalitionsvertrag bereits in Aussicht gestellt.

Um perspektivisch die landärztliche Versorgung sicherzustellen, ist auch die Vergabe von Stipendien an Medizin-Studierende eine denkbare Option. Auch Zuschüsse aus Landesmitteln für die Eröffnung allgemeinmedizinscher Praxen in unterversorgten Gebieten, wie in Niedersachsen praktiziert, könnten neue Anreize schaffen. Ob diese und andere Maßnahmen gangbare Möglichkeiten für Schleswig-Holstein darstellen, lohnt es auf jeden Fall zu diskutieren.

Entlastungen für Ärztinnen und Ärzte im ländlichen Raum, verspricht auch das bundeweite Modell „Versorgungsassistentin in der Hausarztpraxis" (VERAH) zu schaffen. Hier übernehmen speziell qualifizierte Medizinische Fachangestellte routinemäßige Untersuchungen wie Blutdruck-Messung oder Blutzucker-Bestimmung. Sie fahren in Altenheime oder machen Hausbesuche und übernehmen dort delegierbare Leistungen. Einen ähnlichen Ansatz verfolgt die Ampelkoalition offenbar mit der Ankündigung, die ‚Gemeindeschwester' wiedereinführen zu wollen.

Einen wesentlichen Teil zur Lösung des Versorgungsengpasses stellt die Telemedizin dar. Die Videosprechstunde beispielsweise bietet nicht nur den Praxen, sondern in erster Linie den Patienten viele Vorteile. Ein funktionaler Einsatz setzt allerdings ein flächendeckendes Internet sowie eine Akzeptanzsteigerung der vor allem älteren Bevölkerung voraus.

MEINE IMPULSE FÜR SCHLESWIG-HOLSTEIN

NATIONALE MINDERHEITEN & EUROPA

*Schleswig-Holstein ist das einzige Bundesland, in dem mit der friesischen Volksgruppe, der dänischen Minderheit und der Minderheit der deutschen Sinti und Roma drei anerkannte nationale (autochthone) Minderheiten leben. Alle drei Minderheiten sind durch die Landesverfassung geschützt. Zu ihren Interessen gesellen sich die Anliegen der Sprecher*innen der Regionalsprache Niederdeutsch und der deutschen Minderheit in Nordschleswig (DK). Darüber hinaus werden in diesem Kontext die Föderalistische Union Europäischer Nationalitäten (FUEN), das European Center for Minority Issues (ECMI), der ADS-Grenzfriedensbund sowie die Institutionen der zuvor genannten Gruppen berücksichtigt.*

Klares Bekenntnis zur Minority Safepack Initiative

In der Europäischen Union leben etwa 50 Millionen Menschen, die einer nationalen Minderheit oder Sprachminderheit angehören. Allein in der EU gibt es neben den 24 Amtssprachen über 60 Regional- oder Minderheitensprachen. Die Bürgerinitiative ‚Minority SafePack' strebt die Verbesserung des Schutzes für Angehörige nationaler Minderheiten und Sprachminderheiten an. Des Weiteren soll die kulturelle und sprachliche Vielfalt in der Union gestärkt werden.

MINORITY SAFEPACK INITIATIVE

Nachdem europaweit 1,2 Millionen Unterschriften gesammelt wurden und das Europäische Parlament sowie eine Vielzahl nationaler und regionaler Parlamente für die Unterstützung der Initiative gestimmt haben, hat die Europäische Kommission am 14. Januar 2021 alle neun Punkte der Initiative abgelehnt. Am 24. März 2021 reichte der Bürgerausschuss der Europäischen Bürgerinitiative beim Gericht der Europäischen Union eine Klage auf Nichtigerklärung der Entscheidung der Kommission ein. Eine Gerichtsentscheidung steht noch aus.

Die künftige Bundesregierung hat angekündigt, dass sie die Initiative proaktiv unterstützen wird und in Deutschland umsetzen will. Dazu gehört aber auch anzuerkennen, dass der Schutz und die Förderung der vier autochthonen nationalen Minderheiten in Deutschland gesamtstaatliche Aufgaben sind. Eine Aufnahme der nationalen Minderheiten ins das Grundgesetz der Bundesrepublik wäre hier ein deutliches Zeichen. Nichtsdestotrotz müssen die nationalen und regionalen Parlamente sowie die Regierungen jetzt ihren Einfluss gegenüber EU-Kommission geltend machen, damit diese ihre Entscheidung noch einmal überdenkt und ‚Minority SafePack' doch noch in der gesamten EU umgesetzt werden kann.



Minderheiten /-sprachen im öffentlich-rechtlichen Rundfunk

Ich unterstütze die Forderung der Minderheitenvertretungen nach mehr Teilhabe an der Programmgestaltung im öffentlich-rechtlichen Rundfunk. Hierzu gehört auch ein fester Sitz für die Minderheiten im NDR-Rundfunkrat. Die Rundfunkräte kontrollieren vor allem die Einhaltung der Programmgrundsätze und setzen sich aus Vertretern gesellschaftlich relevanter Gruppen zusammen. Der ZDF-Fernsehrat hat hier bereits im Jahr 2016 im Sinne der Europäischen Charta der Regional- oder Minderheitensprachen nachgebessert. Es ist nicht nachvollziehbar, warum der NDR bei der Besetzung des Gremiums seit Jahren Verhinderungspolitik betreibt. Es ist zu begrüßen, dass im neuen NDR-Staatsvertrag die Verpflichtung aufgenommen wurde, Regional- und Minderheitensprachen künftig besser zu berücksichtigen. Nun müssen aber auch Taten folgen. Die Realität sieht nämlich anders aus. So stehen der friesischen Volksgruppe wöchentlich etwa fünf Minuten Sendezeit in friesischer Sprache zur Verfügung. Nördlich und südlich der dänischen Grenze haben die jeweiligen Minderheiten



Aktive Minderheitenpolitik überwindet Spaltungslinien und ist ein Garant für Frieden!

mit Geoblocking zu kämpfen. Der niederdeutschen Sprache wird immerhin ein wöchentlicher Sendeanteil von etwa 15 Minuten an der Programmgestaltung zuteil. Romanes und Dänisch finden gar nicht statt.

Eine Beteiligung der Minderheitenvertretungen in Rundfunkräten und Landesmedienanstalten könnte auch dazu beitragen, die für die Programmgestaltung zuständigen Personen für diskriminierende Berichterstattung zu sensibilisieren und diese durch Entwicklung entsprechender Programmrichtlinien in Zukunft zu verhindern. So gehört es beispielsweise noch heute zur Lebensrealität von Sinti und Roma in Deutschland, dass Diskriminierung durch negative Stereotypen in der Fernseh- und Filmberichterstattung oder durch vorurteilsschürende Bebilderungen von Nachrichten verstärkt und reproduziert wird.

Platt in der Pflege

Das Interesse von Pflegekräften die niederdeutsche Sprache zu erlernen oder zu vertiefen, ist groß. Vor allem für alte und demenzkranke Menschen in Pflegeeinrichtungen kann eine Unterhaltung ‚op plattdüütsch' positiv und unterstützend wirken. Oftmals fehlt es beim Weiterbildungswillen der Pflegekräfte jedoch an der nötigen Unterstützung durch die entsprechenden Einrichtungen. Ich bin für eine Erweiterung des Kursangebotes „Platt in der Pflege" für Pflegekräfte und will gerne an Lösungen mitwirken, um die Akzeptanz für derartige Fortbildungen auf der Arbeitgeberseite zu erhöhen.

Die friesische Sprache in der Schule

Die Sprache ist wohl der wichtigste Teil der Identität einer nationalen Minderheit. Verliert eine Minderheit ihre Sprache, folgt meist die vollständige Assimilierung. Ich unterstütze daher die Forderung des Friesenrates, das Bildungsangebot an Schulen für die friesische Sprache zu stärken. Hierzu zählt neben einer ausreichenden Anzahl angemessen ausgebildeter Lehrkräfte auch die Anerkennung von Friesisch in allen Klassenstufen als reguläres Unterrichtsfach sowie die Einbindung in die reguläre Stundentafel. Ferner gilt es, Zuständigkeiten für einheitliche Lehr- und Lernmaterialien für den Friesisch-Unterricht zu schaffen und für deren Erstellung finanzielle Mittel zur Verfügung zu stellen.

Kenntnisse über Minderheiten in den Lehrplänen fest verankern

Lehrkräfte sowie Schülerinnen und Schüler in Schleswig-Holstein sollen künftig bessere Kenntnisse über die nationalen Minderheiten erhalten. Insbesondere in den primär relevanten Fächern (z. B. Geschichte, Wirtschaft, Politik, Geografie, Sprachen), sollte zusätzliches Wissen über die Minderheiten vermittelt werden. Das Thema Antiziganismus sollte sowohl in der Lehrerausbildung als auch als Teil der allgemeinen Demokratieerziehung und Antirassismusarbeit in den schulischen Curricula fest verankert werden. Diese Forderungen der dänischen Minderheit und der Minderheit deutscher Sinti und Roma unterstütze ich vollumfänglich.

Einsetzung einer Bund-Länder-Kommission gegen Antiziganismus

In einem 800-seitigen Bericht hat die ‚Unabhängige Kommission Antiziganismus' die Ergebnisse ihrer Arbeit vorgestellt. Der Befund ist mehr als bedrückend. Der Kommission zufolge hat sich der Antiziganismus nach dem Völkermord während des NS-Zeit weiter fortgesetzt. Demnach haben die Vorurteile auch in staatlichen Stellen „tief Fuß gefasst". Antiziganismus sei mittlerweile so tief in der Gesellschaft verwurzelt, dass er kaum irgendwo auf Widerspruch stößt. Eine vor diesem Hintergrund durch die Ampelkoalition angekündigte Einsetzung einer Bund-Länder-Kommission und eines Beauftragten für Antiziganismus würde ich sehr gerne konstruktiv begleiten.

Interkultureller-Interreligiöser Dialog

Projekt

Wir leben in einer multikulturellen und multireligiösen Gesellschaft. Ich stehe zu einem friedvollen nachbarschaftlichen Miteinander aller Bürgerinnen und Bürger und empfinde dieses als wechselseitige Bereicherung. Während der Flüchtlingskrise 2015/16 haben autochthone Minderheiten gemeinsam mit christlichen, jüdischen und muslimischen Verbänden und Interessenvertretungen Hand in Hand gearbeitet, um das Leid der geflüchteten Menschen vor Ort so gut es ging zu lindern. Mich hat es nachhaltig geprägt, dass z. B. vor dem Taufbecken einer evangelischen Kirche jüdische Helferinnen und Helfer muslimischen Flüchtenden Essen



und Getränke zubereitet haben, während sich ehrenamtliche Kräfte des Erzbistums spielerisch um traumatisierte Kinder kümmerten und vor dem Altar zur Unterhaltung und Ablenkung Sinti-Jazz gespielt wurde. Bis heute bin ich davon beeindruckt, was alles gelingen kann, wenn man das Gemeinsame statt das Trennende in den Vordergrund stellt, sich die Hände reicht und es einfach möglich macht.

Wenn ich in den Schleswig-Holsteinischen Landtag einziehe, werde ich dafür werben, dass ein politischer Rahmen für einen regelmäßigen minderheitenübergreifenden interkulturell-interreligiösen Dialog geschaffen wird. Ein solches Bündnis kann allen Bürgerinnen und Bürgern und dem Land Schleswig-Holstein nicht nur in Krisen viele wertvolle Impulse liefern.

KONTAKTDATEN /// IMPRESSUM

Herausgeber und Gestaltung:

Hauke Bruhns
Holtenauer Straße 199, 24118 Kiel
Deutschland

kontakt@hauke-bruhns.de
https://hauke-bruhns.de
+49 (0)160 92546139

© Dezember 2021

Alle Inhalte, insbesondere Texte, Fotografien und Grafiken sind urheberrechtlich geschützt. Alle Rechte, einschließlich der Vervielfältigung, Veröffentlichung, Bearbeitung und Übersetzung, bleiben vorbehalten. Unter der Creative Commons-Lizenz veröffentlichte Inhalte, sind als solche gekennzeichnet.

CURRICULUM VITAE

Dipl.-Kfm. Hauke Bruhns, B.A.

geboren am
03. April 1977 in Kiel
ledig, keine Kinder



2014 - 2017
Verband Deutscher Sinti und Roma S.-H.
Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Referent für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

2014 - 2016
Schleswig-Holsteinischer Landtag
Fachreferent Europa, Minderheiten, Nord- und Ostseeraum, Gesundheit, Bundestags- und Bundesratsfragen für die Piratenfraktion

2011 - 2014
Selbstständigkeit
Selbstständiger Journalist und Verleger (Stadtmagazine) und Inhaber einer Werbe- und Marketingagentur

seit 2007
Christian-Albrechts-Universität zu Kiel
Dozent am Masterstudiengang Hospital Management

2001 - 2010
Universitätsklinikum Schleswig-Holstein
Fachkrankenpfleger auf der interdisziplinären anästhesiologisch-operativen Intensivstation (AI)

1998 - 1999
Deutscher Bundestag
Referent von Dr. Hans-Peter Bartels, MdB in Kiel und Berlin

2020 - 2021
Internationale Hochschule, Berlin
B.A.-Weiterbildungsstudiengang Social-Media-Marketing

2018
Deutsche Gesellschaft für Projektmanagement
Prozess- und Projektmanager, GPM

2007 - 2014
FernUniversität Hagen
berufsbegleitendes Diplom-Studium der Wirtschaftswissenschaften / FR BWL Schwerpunkte Gesundheitsökonomie und Marketing

2004 - 2006
Universitätsklinikum Schleswig-Holstein
Fachkrankenpflege für Anästhesiologie und operative Intensivmedizin

1995 - 1998
Universitätskliniken Kiel
Ausbildung zum staatl. exam. Krankenpfleger

1994 - 1995
Städtisches Krankenhaus Kiel
Ausbildung zum staatl. exam. Krankenpflegehelfer

seit 2019 Mitglied bei Bündnis 90/Die Grünen

2013 - 2017 Mitglied des Parlamentarischen Gremiums für Fragen der Minderheit der deutschen Sinti und Roma im Schleswig-Holsteinischen Landtag

2010 - 2017 Mitglied im „DialogForumNorden“

2012 - 2017 Mitglied im Landesplanungsrat des Landes Schleswig-Holstein

1992 - 2012 Mitglied in der SPD

Mitglied des Landesvorstandes und stv. Landesvorsitzender Verband Deutscher Sinti und Roma e. V. - Landesverband Schleswig-Holstein **2010 - 2017**

Koordinator Flüchtlingshilfe Schleswig-Holstein **2015 - 2016**

Vorsitzender CSD Schleswig-Holstein **2009 - 2011**

Vorstand und 1. Vorsitzender Junge Presse Schleswig-Holstein (JPSH) **1996 - 2001**

stv. Bundesvorsitzender Deutsche Jugendpresse (DJP) **1997 - 1999**

Tier- und Naturschutzjugend Kiel (TNK) im Deutschen Tierschutzbund **1990 - 1996**

Gründungsmitglied Schüler Helfen Leben (SHL) **1993/94**

Jugendumweltwerkstatt Kiel **ab 1992**

